

Widerstand ist auch eine Kraft

Pressemitteilung der Freien Liste

Das Nein der Regierung zur liechtensteinischen Beteiligung am Bau eines riesigen LKW-Abstellplatzes am Zollamt Schaanwald-Tisis ist weniger ein Entscheid der Einsicht, sondern mehr das Resultat des massiven Widerstandes und die Kapitulation vor dem drohenden Volkszorn. Denn eins hat die Veranstaltung zum LKW-Abstellplatz am 29. März klar signalisiert: Die Geduld der betroffenen Bevölkerung ist gerissen und neue Belastungen liegen nicht mehr drin!

Und dies nicht, wie man nun zu verkaufen versucht, aus rein emotionalen Gründen. Die Menschen haben längst erkannt, dass die Verkehrsentwicklung in Schaanwald nicht zufällig ist, sondern dass der Verkehr seit Jahren bewusst auf das Zollamt Schaanwald gelenkt und konzentriert wird. Der Bevölkerung ist längst klar geworden, dass der drohende Letzetunnel, die LKW-Abstellplätze und die geplante Umfahrungsstrasse im Unterland in direktem Zusammenhang stehen. Selbst Tiefbauamtsleiter Ott bestätigte an der Veran-

staltung in einem Freud'schen Versprecher diesen Zusammenhang: «... Wenn wir den Abstellplatz nicht bauen, staut sich der Verkehr im Tunnel...» Dem ist nichts hinzuzufügen.

Gorbach ist kein Partner

Auch wenn die Regierung nach wie vor behauptet, eine liechtensteinische Beteiligung am LKW-Abstellplatz «würde gewisse positive Effekte bringen», muss dem aus sachlichen Gründen widersprochen werden. Wer nämlich die bereits stehende Busspur freigehalten will, kann dies mit polizeilichen Kontrollen heute schon tun. Und das teuer erkaufte Veto-Recht gegen einen möglichen späteren Ausbau hätte sich nur auf bauliche Massnahmen beschränkt. Einer Attraktivitätssteigerung der LKW-Abfertigung durch Personalaufstockung und Ausbau der Abfertigungslogistik kann Liechtenstein nach wie vor nichts entgegenhalten. Ein Schulterschluss mit Gorbach ist zudem immer ein heikles Unterfangen. Seine wiederholten Drohgebärden erinnern mehr an Erpressungsversuche als an Dialogbereitschaft. Und wenn kein Mittel zu schade ist, einen Transittunnel in den Berg zu lügen, dem gibt man sich auch nicht in die Hände, schon gar nicht

für ein paar läppische Brosamen. Hätte Liechtenstein Gorbach den kleinen Finger gegeben, er hätte die ganze Hand genommen.

Die Gefahr ist noch längst nicht vom Tisch

Auch wenn Regierungschef Mario Frick zwischenzeitlich «alle gerichtlichen und völkerrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen will», um den Letzetunnel zu verhindern (Vaterland, 12. April 2000), aufatmen können die Menschen im Unterland noch lange nicht. Auch wenn der Abstellplatz vom Tisch ist, mit den sogenannten «Ersatzsträsschen» von Grenze zu Grenze droht die weitaus grössere Gefahr. Wer Gorbach eine Abnahme des Verkehrs durch leistungsfähige Transitumfahrungsstrassen anbietet, der kann gleich schon den Letzetunnel mitbestellen. Denn eines ist klar: Ein Letzetunnel ohne Stauräume und ohne gesicherte Abnahme des zusätzlichen Verkehrsaufkommens wird zum Fiasko. Gorbach braucht Liechtenstein, umgekehrt gilt das nicht.

Wer sich nicht wehrt, ist dafür

Die Gemeinde Mauren geht seit Jahren gegen das hoch brisante Gemisch

von Letzetunnel, LKW-Abstellplätzen, Umfahrungsstrassen und Ausweitung der Abfertigungszeiten vor. Sie setzt sich mit klaren Entscheidungen und entschlossener Haltung für die Interessen der Menschen im betroffenen Lebensraum ein.

Auch die Gemeinde Gamprin hat in jüngster Vergangenheit Stellung bezogen und sich kritisch gegen die geplante Ersatzstrasse und gegen die damit verbundenen gravierenden Wirkungen für Bändern ausgesprochen. In Eschen aber schweigt man, aus welchen Gründen auch immer. Obwohl diese Gemeinde einen Hauptteil der zusätzlichen Belastungen durch den Bau einer Umfahrungsstrasse mit Transitwirkung zu tragen hätte, vermeidet sie jede öffentliche Diskussion. Sie bezieht keine Stellung und lässt damit ihre Bevölkerung vollkommen im Unklaren. Ganz nach dem Motto: Gelassenheit und Unverbindlichkeit schaffen keinen Ärger und – richten können es die andern.

Die Freie Liste wird auch weiterhin ein wachsames Auge auf die verkehrspolitische Entwicklung in unserem Land haben. Die Absage an den LKW-Abstellplatz ist der beste Beweis dafür,

dass Engagement sich lohnt. Die Gemeinde Mauren und die LGU haben ihre Verantwortung wahrgenommen und aufgezeigt, dass Geradlinigkeit, das Bestehen auf Fakten und der Dialog mit der Bevölkerung Glaubwürdigkeit schaffen und sich letztlich durchsetzen. Das Nein zum Abstellplatz zeigt auch, dass der Ausbau der Strasseninfrastrukturen für eine wachsende Anzahl von Menschen keine tragfähige und glaubwürdige Lösung mehr darstellen. Und das Nein zum Abstellplatz hat deutlich gemacht, dass für den Bau von Transitstrassen in diesem Land nur noch schwer politische Mehrheiten zu beschaffen sein werden.

Freie Liste, Ressort Verkehr

Forum

Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichten wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das «Forum» drückt aus, dass die in den Beiträgen geäusserten Meinungen nicht mit der Haltung der Zeitung übereinstimmen müssen.

LESERBRIEFE

Die Interessen des Strassenbauvereins

Die folgenden Vorwürfe richten sich an den Vereinsvorstand als Ganzes. Ich möchte die Haltung einzelner Privatpersonen nicht über die Zeitungen öffentlich kritisieren.

Die «Aktion Verkehrslösung FL» propagiert den Bau von Umfahrungsstrassen quer durchs Unterland. Wer heute Ja sagt zu Umfahrungsstrassen, der kann von der Vorarlberger Regierung nicht verlangen, keinen Letzetunnel zu bauen. Wer heute Ja zu Umfahrungsstrassen sagt, der sagt zwangsläufig auch Ja zur Transitspange zwischen den Autobahnen A13 und A14. Massiver Mehrverkehr und die Zerstörung des Riets wären das Resultat.

Welche Interessen vertritt der Vereinsvorstand? Es liegt auf der Hand, dass die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) und die Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) nur die wirtschaftlichen Interessen vertreten (beide Kammern sind im Vorstand). Das bestätigt auch deutlich die Tatsache, dass die LIHK und die GWK zusammen mit anderen wichtigen Industriebetrieben (z.B. Hilti AG, Swarovski AG) zur Zeit beim Staatsgerichtshof gegen das LKW-Fahrverbot in Schaanwald Beschwerde führen. Es ist nur zu hoffen, dass der Staatsgerichtshof den Schutz der Bevölkerung gebührend berücksichtigt, wie dies auch die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) getan hat. Ansonsten wäre dies erneut eine Attraktivitätssteigerung für den Schwerverkehr, und die Anwohner müssten neben dem Mehrverkehr auch den Lärm und den Gestank der LKWs schon von 5 Uhr morgens und bis 22.00 Uhr abends (17 Std.!!!) anstatt von 7.30 bis 18.00 Uhr (10.5 Std.) ertragen. Bei 17 Stunden Schwerverkehr pro Tag müssen sie sich für einen einigermaßen erholsamen Schlaf mächtig beeilen – sie haben dazu genau sieben Stunden. Hier werden die Interessen der Anwohner wirklich mit Füissen getreten.

Der Vorstand riecht sicher auch den fetten Braten für die Planung und die Ausführung der Umfahrungsstrassen. Einzelne Vorstandsmitglieder haben ja zusammen bereits eine 1. Tranche von CHF 35 000 erhalten. Ich hoffe jedoch, dass die Regierung mit dieser Summe mehr als nur solche bedenklliche Aussagen eingekauft hat, wie z.B.: «Ohne Ersatzstrasse geht es im Unterland nicht, und dagegen kann opponieren, wer will», oder «Es gibt keine Beweise, sondern nur Mutmassungen, dass neue Strassen Mehrverkehr generieren» (Aussagen vom Vereinspräsidenten aus Landeszeitungen vom 12. 8. 1999 und 11. 3. 2000).

Ein Teil des Vorstands befasst sich tagtäglich mit der Planung und Ausführung

von Bauten. Hier ist die Hemmschwelle, das Riet einfach auszuradiieren und durch eine internationale Transitspange zu ersetzen, sicherlich viel tiefer als bei Leuten, die vom Riet leben (Landwirte) oder die im Riet Erholung suchen und Sport betreiben. Wenn dabei dann noch Geld verdient wird, sind natürlich die letzten Bedenken verflogen.

Bei einzelnen Vorstandsmitgliedern wage ich die Beweggründe für ihre Mitarbeit mit dem Stichwort «Sankt-Florians-Prinzip» zu kommentieren; nach dem Motto: «Lieber Mehrverkehr durchs Unterland, als durch Schaan».

Dieser Strassenbauverein mag die verschiedensten Interessen vertreten, aber die der Unterländer Bevölkerung bleiben kläglich auf der Strecke.

Bruno Meier, Mauren

Appell an Regierung und Gemeinden Schaan und Vaduz

Die Kerngruppe der Elternvereinigung der Primarschule Schaan spricht sich gegen die geplante Realisierung des Schulzentrums Mühleholz II aus. Wir schliessen uns den bereits mehrfach publizierten pädagogischen Bedenken an.

Uns geht es nicht nur um die Erhaltung der heutigen Schaaner Realschule, deren Standort und Räumlichkeiten nicht mehr optimal sind, wir begrüssen ein Schulgebäude für die Ober- und Realschüler aus den Gemeinden Schaan und Vaduz.

Allein der Standort direkt neben dem bestehenden Areal Schulzentrum Mühleholz I gibt uns Anlass zur Sorge, dabei denken wir nicht nur an die Schaaner Ober- und Realschüler, sondern an alle rund 1000 betroffenen Kinder und Jugendlichen aus ganz Liechtenstein, deren Lehrer und Eltern.

Wir hoffen, da viele Argumente gegen den geplanten Standort Mühleholz II sprechen sehr, dass eine vertretbare Lösung auf Schaaner oder Vaduzer Boden gefunden wird.

Wir appellieren an die Regierung und an die beiden Gemeinden, sich diesem Problem nun ernsthaft anzunehmen.

Beatrice Brunhart-Risch
Christiane v. Deichmann
Kerngruppe der
Elternvereinigung Schaan

Verkehrsclub und Liechtenstein Bus

Der Verzicht der Otto Frommelt Anstalt auf eine Beteiligung an der Ausschreibung für den Liechtenstein Bus ab Juli 2001 und die in Pressekonferenz, Inserat und Flugblatt erhobenen Vorwürfe haben zu Anfragen besorgter Kundinnen und Kunden des Liechtenstein Bus beim Verkehrsclub Liechtenstein VCL geführt.

Dazu möchte ich als Präsident des VCL und Verwaltungsrat der Liechtenstein Bus Anstalt LBA Folgendes klarstellen:

1) Ein kundenorientierter und sehr gut geführter öffentlicher Verkehr ist ein zentrales Anliegen der an nachhaltiger Entwicklung orientierten Verkehrspolitik des VCL.

2) Im VCL-Vorstand wurde die Ausschreibung der LBA bis heute nicht besprochen. Laut Ausschreibung ist diese nämlich «während der Dauer des Ausschreibungsverfahrens bis zur endgültigen Mitteilung über die Vergabeentscheidung» vertraulich zu behandeln – also bis Ende Mai.

3) Ich stehe voll hinter dieser Ausschreibung der Liechtenstein Bus Anstalt. Sie wurde von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der LBA im Konsens und unter Einbezug von Experten erarbeitet. Persönlich bin ich betroffen vom Verzicht der Otto Frommelt Anstalt und besonders von den Anschuldigungen und Behauptungen.

4) Moderne Fahrzeuge und ein verbesserter Taktfahrplan sind Voraussetzungen für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr in unserem Land mit Anbindung an die Region.

5) Der Schlüssel zum Erfolg sind geschulte, motivierte und kundenorientierte Wagenführer. Als täglicher Fahrgast kenne ich die grossen Anforderungen an die Wagenführer. Die Anliegen der Wagenführer haben für die LBA von Anfang an höchste Priorität gehabt. Die Bedingungen der Ausschreibung stellen daher eine langfristige soziale Absicherung der heutigen Wagenführer sicher bei hoher kundenorientierung und hohem Qualitätsniveau.

Dr. Georg Sele, Vaduz

Hans U. Jakob in Triesenberg

Auf der Gemeinde Triesenberg sind 208 Einsprachen betreffend die geplanten Mobilfunkantennen Leitawis, Steg und Malbun eingegangen. Nach der ersten Einigungsversammlung durch die Gemeindevorstellung wurden vier Einsprachen zurückgezogen. Es verbleiben also noch 204. Die Angst ist nach wie vor gross, dass wir durch die geplanten Mobilfunkantennen unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden aufs Spiel setzen. Deshalb gab es schon einige Zeit den Ruf nach Fachleuten, die unabhängig von den Mobilfunkanbietern ihre Meinung sagen. Bevor die erste neue Antenne am Triesenberg, im Steg oder in Malbun aufgestellt wird, wollen wir uns auch einmal die Gegenposition der Mobilfunkanbieter anhören. Dann können wir die Argumente abwägen und uns bei einer möglichen Volksbefragung etwas kompetenter, oder zumindest besser informiert, für oder gegen die Antennen aussprechen.

An diesem Donnerstagabend, den 20.

April um 19.00 Uhr ist deshalb Hans U. Jakob aus Schwarzenburg bei Bern, der wohl prominenteste Schweizer Gegner der heutigen Mobilfunktechnik, im Bürensaal des Hotels Kulm in Triesenberg auf Besuch. Er wird uns über seine Erfahrungen berichten und Fragen aus dem Publikum beantworten. Anschliessend: Was geschieht mit den 204 Einsprachen? Weiteres Vorgehen. Alle Interessierten, auch aus den Talgemeinden und der weiteren Region, sind herzlich zum Besuch der Veranstaltung eingeladen.

Klaus Schädler, Triesenberg 545

Landtagsangriffe gegen den Fürsten

Als «Vorkriegsjahrgänger» wurden wir dahingehend erzogen, die römisch-katholische Kirche und das Fürstenhaus zu achten und nach diesem Grundsatz zu leben.

Was sich aber heute gegen diese Institution anbahnt, widerspricht diesem Grundsatz und wird letzten Endes zu einem wüsten Durcheinander und zur Auflösung aller Ordnung führen.

Wenn im letzten öffentlichen Landtag Kritik am Vorgehen des Fürsten in der Verfassungsfrage angebracht wird, so mag diese in den Augen der betreffenden Kritiker ihre Berechtigung haben. Wenn diese kritischen Beurteilungen jedoch die landtagsüblichen Höflichkeitsformen verlieren, so sind diese Äusserungen eines Volksvertreters in der Person des Herrn Abgeordneten und studierten Juristen Peter Sprenger nicht würdig.

Der Volksblattdirektor Alexander Batliner liegt mit seiner Feststellung gewiss richtig, wenn er in seiner Zeitung schreibt, dass der Abgeordnete Sprenger wohl der einzige Volksvertreter sei, der eine solche massive Kritik je an einem Landesfürsten geäussert habe.

Abschliessend stelle ich fest, dass meines Erachtens weder der jetzige Fürst, als auch seine Vorgänger jemals ein persönliches Interesse über die Staatsinteressen gestellt haben. Lieblosigkeit und Scheinheiligkeit gegenüber Land und Leute, können – entgegen den landtäglichen Äusserungen des Herrn Abg. Sprenger – den Mitgliedern des Fürstenhauses wahrhaftig nicht nachgesagt werden!

Ortwin Quaderer, Schaan

Gegen den fürstlichen Verfassungsvorschlag

Unter dem Namen «Gruppe Wilhelm Beck» hat sich ein Aktionskomitee gegen den fürstlichen Verfassungsvorschlag formiert. Die Gruppe lehnt den Verfassungsvorschlag grundsätzlich ab. Warum die monarchischen Vorschläge zu den einzelnen Verfassungsartikeln nicht in Frage kommen, haben mehrere Mitglieder der

Verfassungskommission des Landtags bereits in verschiedenen Beiträgen in den Tageszeitungen ausgeführt und sie werden diese Gründe wohl noch öfter darlegen. Die Gruppe Wilhelm Beck sieht es deshalb nicht als ihre primäre Aufgabe an, zu den einzelnen Verfassungspunkten Stellung zu nehmen. Vielmehr wendet sie sich gegen das undemokratische Vorgehen des Landesfürsten. Was als Verfassungsdiskussion bezeichnet wird, ist in Tat und Wahrheit unsachliche Propaganda, die ohne Verunglimpfung der gewählten Volksvertreter und Einschüchterung der Stimmberechtigten nicht auskommt. Demokratische Meinungsbildungsprozesse werden manipuliert und erschwert.

Die Gruppe Wilhelm Beck beabsichtigt, in den kommenden Monaten aktiv darauf hinzuwirken, dass der fürstliche Verfassungsvorschlag bachab geschickt wird, falls es zu einer Abstimmung kommt. Ist die fürstliche Verfassungsvorlage erst einmal vom Tisch, wird die Gruppe Wilhelm Beck dafür eintreten, dass eine Verfassungsdiskussion eingeleitet wird, die den Namen verdient. Bei einer Abänderung oder Erneuerung der Verfassung gibt das Volk das Tempo vor. Das Volk, die Demokratie ist immer langsamer als ein Einzelner (Fürst) mit seinem PR-Helferstab. Das Tempo des Volkes – wenn auch langsam – ist zu respektieren. Genau vor einem Jahr, am 18. April 1999, hat sich das Schweizer Volk eine neue Bundesverfassung gegeben, nachdem die Revision der alten Bundesverfassung 1965 eingeläutet worden war. Ein vollamtlicher Dienst für die Totalrevision der Bundesverfassung wurde eingerichtet, verschiedene Verfassungsentwürfe mehrmals in die Vernehmlassung geschickt, etc. – und man hat sich Zeit gelassen. Auch wenn es bei uns nicht 34 Jahre dauern muss, ist doch ein Revisionsprozess in dieser Art anzupellen, anstatt einfach über einen monarchisch vorgefertigten, undemokratisch forcierten Vorschlag abzustimmen.

Inspiriert durch das Beispiel der Begründer des modernen Liechtensteins, allen voran Wilhelm Beck (1885–1936), vertritt das Aktionskomitee die Interessen des Volkes und setzt sich für die Wahrung der Volksrechte ein. Anliegen und Ziel der Gruppe Wilhelm Beck ist die Stärkung der demokratischen Strukturen. Die Untergrabung der direkt-demokratischen Rechte muss verhindert, die Volksvertretung gestärkt werden.

Die Gruppe Wilhelm Beck ist überparteilich und offen für alle in Liechtenstein Ansässigen sowie LiechtensteinerInnen im Ausland.

Für die Gruppe Wilhelm Beck: Sebastian Frommelt, Schaan, Eugen Nägele, Schaan, Daniela Noser, Vaduz, Michelle Oehri, Vaduz, Pio Schurti, Triesen. Kontaktadresse: Gruppe Wilhelm Beck, Postfach 23, Triesen